

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik  
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien  
T 05 90 900-DW | F 05 90 900-269  
E [up@wko.at](mailto:up@wko.at)  
W [wko.at/up](http://wko.at/up)

per E-Mail: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter  
257/Up/HÜ/DK  
DI Claudia Hübsch

Durchwahl  
3007

Datum  
06.04.2022

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 - 2. Novelle 2022, GSNE-VO 2013 - 2. Novelle 2022); Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs der Verordnung zur Änderung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 und nimmt wie folgt Stellung.

## **I. Allgemeines**

Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf werden auf Grundlage der Anlage 3 mengenbasierte Fernleitungsentgelte neu festgelegt, wodurch den Fernleitungsnetzbetreibern die gestiegenen Beschaffungspreise für Verdichterenergie ersetzt werden. Die bestehenden Kapazitätentgelte bleiben hiervon unberührt.

Die von der Behörde gewählte Vorgangsweise der Festlegung eines mengenbasierten Tarifs wird begrüßt, da damit dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit nachgekommen wird.

Auch wenn die Ursache für die Kostenanpassung nachvollzogen werden kann, wird zum aktuellen Zeitpunkt eine weitere Erhöhung der Kosten kritisch beurteilt. Die steigenden Energiepreise führen bereits jetzt zu einer kritischen Situation für die Wirtschaft und insbesondere für die energieintensive Industrie.

Auf Basis der vorliegenden Kostenbescheide der Fernleitungsnetzbetreiber, die aktuell hohe Kosten für Strom und Gas annehmen, aber Preissenkungen in den Folgejahren vorsehen, ist beabsichtigt, das vorliegende Entgelt mit 1. Oktober 2023 zu reduzieren, sofern kein neuer Kostenbescheid erlassen wird. Diese jährliche Evaluierung wird begrüßt.

## II. Im Detail

### Zu § 3

Die Kosten im Fernleitungsnetz werden durch die gestiegenen Verdichterenergiekosten nun tatsächlich um rund 175,4 Mio. EUR höher als die von der Behörde rund 405 Mio. EUR pro Jahr genehmigten Kosten sein. Zum Vergleich: im Konsultationsdokument lagen die indikativen Kosten etwas weniger als halb so hoch, also rund 81,5 Mio. EUR pro Jahr. Damit wird auch die Belastung der heimischen Netzkunden rund doppelt so hoch (nunmehr rund 22 Mio EUR) wie im Zuge der Konsultation indikativ genannt liegen.

|             | Konsultationsdokument | Vorl. GSNE-VO-Novelle |
|-------------|-----------------------|-----------------------|
| Entry-Tarif | 0,03977               | 0,08552               |
| Exit-Tarif  | 0,14923               | 0,31829               |

Die Wirtschaftskammer Österreich hat bereits in der Stellungnahme zum Konsultationsdokument angemerkt, dass die Ursachen für die Kostenanpassung nachvollzogen werden können, eine weitere Erhöhung der Energiekosten jedoch zum aktuellen Zeitpunkt kritisch zu sehen ist, da die steigenden Energiepreise bereits jetzt zu einer kritischen Situation für die Wirtschaft und insbesondere für die energieintensive Industrie führen.

Die Wirtschaftskammer Österreich schlägt nunmehr vor, dass die erhöhten Kosten der Verdichtung nicht Eingang in den Kostenbescheid der E-Control finden sollten. Es wird gefordert, dass diese Kosten im Zuge eines Energiekostenausgleichs für das betroffene Unternehmen vom Staat übernommen werden. Das bedeutet, dass die Anreizregulierung wie geplant weiterlaufen würde und die Netzkostenverteilung auch.

Die Mitteilung „RepowerEU“ sieht solche Kostenübernahmen der Staaten jedenfalls befristet vor. Diese gilt es auch zu nutzen. Hier handelt es sich um Übernahme von Energiekosten und nicht um Netzkosten. Die für die Verdichtung anfallenden Kosten sind Energiekosten und können als solche auch von staatlichen Stellen kompensiert werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die befristeten geänderten Vorschriften des Beihilfenrechts aufgrund des Ukraine Konflikts beachtet werden. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_22\\_1949](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_22_1949)

In der [Mitteilung der Kommission](#) „Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine“ vom 23.3.2022 ist explizit unter Punkt 23 die Netzkostensenkung angeführt:

*„Maßnahmen, die auf gewerbliche Energieverbraucher abzielen, stellen keine staatlichen Beihilfen dar, sofern sie allgemeiner Art sind. Solche nichtselektiven Maßnahmen können beispielsweise in Form allgemeiner Steuer- oder Abgabenermäßigungen, eines ermäßigten Satzes für die Lieferung von Erdgas, Strom oder Fernwärme oder auch über gesenkte Netzkosten gewährt werden.“*

Für den Fall, dass der Staat diese Kosten nicht tragen will, müssten aus unserer Sicht über die Verteilung der doch erheblichen Mehrkosten nochmals diskutiert werden, da die Kosten angefallen sind und auch bezahlt werden müssen.

### **III. Zusammenfassung**

Wir anerkennen die Bemühungen, durch das gewählte Vorgehen dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit nachzukommen. Eine weitere Erhöhung der Energiekosten zum aktuellen Zeitpunkt ist für viele Betriebe allerdings existenzbedrohend, da die steigenden Energiepreise bereits jetzt zu extrem kritischen Situationen für die Unternehmen geführt haben. Es ist daher unumgänglich, dass sämtliche Mehrbelastungen im Zuge von Entlastungsmaßnahmen von Seiten der Bundesregierung abgedeckt werden. Aufgrund der Mehreinnahmen der Bundesregierung aus den Beteiligungen an Energieunternehmen, die aus den gestiegenen Energiekosten und den damit auch einhergehenden Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer resultieren, sehen wir die Bundesregierung dementsprechend in der Pflicht.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer  
Präsident

Karlheinz Kopf  
Generalsekretär